

Wie beurteilen andere EU-Länder die Personenfreizügigkeit?

Erstaunlich wenig genutzt, überraschend beliebt und dennoch umstritten: Der freie Personenverkehr, eine der vier Binnenmarktfreiheiten der EU, weckt Emotionen. Wie nahe steht er am Abgrund?

Am 1. Januar 2015 lebten laut Eurostat nur rund 15 Mio. EU-Bürger oder 3% der Gesamtbevölkerung dauerhaft in einem anderen Mitgliedstaat. Davon sind nur ein Teil Arbeitskräfte, der Rest verteilt sich auf Familienangehörige, Rentner, Studenten und Stellensuchende.

Der Anteil der EU-Bürger, die pro Jahr in einen anderen EU-Staat ziehen, liegt laut Berechnungen des Brüsseler Think-Tanks CEPS bei nur etwa 0,3% der Gesamtbevölkerung. Damit ist die Mobilität in der EU viel geringer als in den USA, was Experten vor allem auf Sprachbarrieren, kulturelle Unterschiede und administrative Hindernisse zurückführen.

Gleichwohl scheint die Freizügigkeit in der Bevölkerung beliebter zu sein, als man aus Schweizer (oder britischer) Warte erwarten würde: Laut dem jüngsten Eurobarometer, einer halbjährlichen Umfrage unter EU-Bürgern, sprachen sich im letzten November 81% der Befragten für sie aus. Gegenüber der Frühjahrsumfrage ist die Zustimmung trotz – oder wegen – dem Brexit-Votum der Briten um 2 Prozentpunkte gestiegen. Auch wenn solche Erhebungen mit Vorsicht zu interpretieren sind, kann von einer breiten Ablehnung der Personenfreizügigkeit kaum die Rede sein. Am geringsten war die Zustimmung im Herbst in Grossbritannien und Österreich, aber selbst dort erreichte sie klare Mehrheiten. Am grössten war sie in Luxemburg, dem Land mit dem höchsten Ausländeranteil.

Die Diskrepanz zwischen diesen Umfragen und der «gefühlten» Stimmung lässt sich wohl zum Teil damit erklären, dass sich die Sorgen und Ängste vieler Kontinentaleuropäer weniger auf die Zuwanderung aus anderen EU-Staaten beziehen als auf den Anstieg der Flüchtlingsströme, islamistische Bedrohungen und den Druck von Krise und Globalisierung. In der Debatte vermische sich dies oft, sagt Guntram Wolff, Direktor der Brüsseler Denkfabrik Bruegel, im Gespräch. Doch die Haltung gegenüber der EU-Freizügigkeit sei nirgends sonst vergleichbar mit der Lage in Grossbritannien oder der Schweiz.

Die positive Gesamtwirkung der Freizügigkeit werde von den meisten Ökonomen unterschrieben, sagt Wolff. Komplexer werde es bei Betrachtung der einzelnen Staaten. Häufig zitiert wird hierzu eine 2016 publizierte Studie des Internationalen Währungsfonds (IMF). Laut ihr hat die hohe Abwanderung aus Osteuropa (nicht nur in andere EU-Staaten) in den letzten 25 Jahren das Wachstum und damit die Aufholjagd dieser Länder verlangsamt, während sie für Westeuropa und die EU als Ganzes positiv war. Denn es seien vor allem junge und gut ausgebildete Menschen abgewandert, was zu einem Braindrain geführt und die Überalterung verstärkt habe. Eine gewisse Kompensation leistet die Regionalpolitik, aus deren Töpfen die EU Projekte in ärmeren Mitgliedstaaten und Regionen fördert.

Quelle: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/europaeischer-binnenmarkt-personenfreizuegigkeit-ein-auslaufmodell-ld.142099>

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU hat üble Folgen für osteuropäische Länder: Polen, Rumänien oder Bulgarien fehlen nicht nur Fachkräfte, sondern auch kritische Köpfe.

Anders als angenommen, hat diese Freiheit nicht dazu geführt, dass sich die Lebens- und Lohnverhältnisse zwischen Ost und West allmählich angeglichen hätten. Statt eines gegenseitig profitablen Austauschs von Know-how verläuft die Binnenmigration vielmehr fast ausschließlich von Osten und von Westen nach Norden. Wenn aber die Fähigsten ersatzlos gehen, verfestigt dies Wohlstandsunterschiede, statt sie aufzulösen.

Vor allem Bulgarien und Rumänien verzeichnen seit Jahren einen dramatischen Braindrain. Laut einer Berechnung der bulgarischen Tageszeitung *24 Chasa* haben zwischen 1992 und 2015 drei Millionen Bulgaren ihre Heimat verlassen, was für ein Land von einer Einwohnerzahl von sieben Millionen eine gewaltige Abwanderungsrate ist.

"Die Öffnung der Grenzen war das Beste und das Schlimmste, das der bulgarischen Gesellschaft nach dem Fall der Berliner Mauer passiert ist", kommentiert der bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev vergangenes Jahr diese Bewegung. "Die Massenemigration von Leuten im Alter zwischen 25 und 50 hat sowohl die bulgarische Wirtschaft wie auch das politische System dramatisch in Mitleidenschaft gezogen."

Denn der Braindrain ist oft auch ein Brainwaste: Wenn Ärzte oder Krankenpfleger als Erntehelfer oder Seniorenbetreuer in London mehr verdienen als an staatlichen Krankenhäusern in Sofia, wenn IT-Experten auf dem Bau in Berlin mehr Geld bekommen als in der heimischen Industrie, raubt ein solcher Export nicht nur den Staatsstrukturen und der Wirtschaft des Landes die wichtigsten Kräfte – mit ihnen gehen auch meist jene Köpfe, die das politische System am ehesten modernisieren könnten.

Warum sich den Kampf gegen Korruption und Klientelpolitik antun, wenn das nur bedeutet, seine jugendliche Energie zu verschwenden? Oder, in Krastevs Worten: "Es ist einfacher, nach Deutschland zu gehen, als dafür zu sorgen, dass Bulgarien funktioniert wie Deutschland." Die instinkthafte Wahl "*fight or flight*" gilt eben auch für die Lebensplanung. Das Ergebnis der einfacheren Wahl kann sein, dass einer Gesellschaft die kritische Spitze genommen wird – oder sie zumindest abgeschliffen wird.

Würde beispielsweise Polen gerade dieselbe scharfe konservative Wende erleben, wenn nach dem EU-Beitritt des Landes 2004 nicht Hunderttausende seiner jungen Bürger erst nach Großbritannien und Irland, später nach Deutschland übergesiedelt wären?

In Rumänien ist die Bevölkerung laut Statistiken der OECD von 22 Millionen im Jahr 2002 auf 19 Millionen im Jahr 2012 geschrumpft. "Ich werde jeden Tag gefragt, warum ich noch hier bin", berichtet eine junge Krankenhausärztin diese Woche im britischen *Economist* – schließlich könne sie in Westeuropa das Zehnfache ihres örtlichen Gehalts verdienen.

Sollte die Emigration sich so fortsetzen, schätzt das Nachrichtenmagazin, könnte das Bruttoinlandsprodukt mancher osteuropäischer Staaten bis zum Jahr 2030 um vier Prozent sinken. Seit Rumänien 2007 der EU beigetreten ist, haben laut einer Studie der dänischen Universität Aarhus allein 14.000 Ärzte das Land verlassen (Stand 2014). Spanien, Portugal, Griechenland und Italien könnte infolge der Finanzkrisen ähnliches drohen.

Die meisten EU-Staaten, auch Deutschland, hatten nach dem Beitritt der osteuropäischen Länder mehrjährige Übergangsfristen für den Beginn der Arbeitnehmerfreizügigkeit festgesetzt. Begründet wurde dies damals mit der Sorge vor Lohndumping, dem berühmten polnischen Klempner.

Die Unterschiede in den Lohnniveaus sind heute trotzdem immer noch beträchtlich. Und warum? Auch deswegen, weil offenbar niemand über die faktischen Nachteile eines politischen Heiligtums für jene Länder sprechen wollte, die angeblich am meisten davon profitieren sollten.

Quelle: <http://www.zeit.de/politik/2016-08/eu-freizuegigkeit-osteuroopa-lohn>